

Anfragen: Herbstsession 2019



Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Grosser Rat (Büro des Grossen Rates)			
16	Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)	Offizielles E-Mail-Postfach für Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Grossen Rates	3
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
7	Vanoni (Zollikofen, Grüne) (Sprecher/in) Grupp (Biel, Grüne)	Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen zur Umsetzung des Sachplans Biodiversität?	4
8	von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)	Verheerendes Forellensterben am 24. Juli 2019 in der Schüss	5
Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)			
10	Hamdaoui (Biel, CVP)	Für ein rasches Verfahren im Falle einer Wiederholung der historischen Abstimmung in Moutier	6
12	Benoit (Corgémont, SVP)	Wohnort der BJR-Mitglieder?	7
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
1	Bütikofer (Lyss, SP)	Übernahme uneinbringlicher Kosten der Spitäler durch die Sozialhilfe	8
2	Sancar (Bern, Grüne)	Verzichtet die GEF tatsächlich auf die 2,58 Millionen Franken Anschubfinanzierung für die Umsetzung der Patientendossiers durch die Axsana AG?	9
3	Imboden (Bern, Grüne)	Stand der Umsetzung bei der Einführung der Betreuungsgutscheine für Kitas und Tageseltern?	10
4	Heyer (Perrefitte, FDP)	Beziehungen zwischen Sozialdiensten und KESB	11
6	Heyer (Perrefitte, FDP)	Im Berner Jura fehlt es an Notfall- und Beobachtungsplätzen für französischsprachige Kinder und Jugendliche	12
13	Klopfenstein (Corgémont, SVP)	Verlegung der Psychiatrie von Bellelay nach Moutier	13
15	Beutler-Hohenberger (Gwatt, EVP)	Axsana AG in der Kritik	14
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
11	Flück (Interlaken, FDP) (Sprecher/in) Jordi (Bern, SP) Graf (Interlaken, SP)	Gehört zum Velofreizeitverkehr auch das Geländevelofahren?	15

Finanzdirektion FIN

- | | | | |
|----|-------------------------------|---|----|
| 14 | Klopfenstein (Corgémont, SVP) | Demontage der Steuerverwaltung Moutier soll verschoben werden | 16 |
|----|-------------------------------|---|----|

Polizei- und Militärdirektion POM

- | | | | |
|---|---|--------------------------------|----|
| 9 | Gabi Schönenberger
(Schwarzenburg, SP) | Tractor Pulling im Kanton Bern | 17 |
|---|---|--------------------------------|----|

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

- | | | | |
|---|-------------------------|---------------------------------------|----|
| 5 | Heyer (Perrefitte, FDP) | Rücktritte aus den Gemeindeexekutiven | 18 |
|---|-------------------------|---------------------------------------|----|

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Gabi Schönenberger
(Schwarzenburg, SP)

Beantwortet durch: Büro des Grossen Rates

Offizielles E-Mail-Postfach für Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Grossen Rates

Im Kanton Bern haben Kantonsparlamentarierinnen und Kantonsparlamentarier nach wie vor kein offizielles E-Mail-Postfach, das der Kanton den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung stellen würde.

Kantonsparlamentarierinnen und Kantonsparlamentarier erhalten sehr viele E-Mails, zum Teil werden sie regelrecht mit E-Mails überflutet, und diese kommen alle in private E-Mail-Postfächer. Es wäre u. a. aus logistischen, repräsentativen Gründen sowie aus Gründen des Schutzes der Privatsphäre sinnvoll, allen Kantonsparlamentarierinnen und Kantonsparlamentariern ein offizielles E-Mail-Postfach zur Verfügung zu stellen.

Fragen:

1. Weshalb wurde bisher darauf verzichtet?
2. Wie wird dieses Anliegen eingeschätzt?
3. Wird in Erwägung gezogen, demnächst allen Kantonsparlamentarierinnen und Kantonsparlamentariern ein offizielles E-Mail-Postfach zur Verfügung zu stellen?

Verteiler

- Büro des Grossen Rates
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)
(Sprecher/in)
Grupp (Biel, Grüne)

Beantwortet durch: VOL

Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen zur Umsetzung des Sachplans Biodiversität?

In seiner Stellungnahme zur Interpellation 206-2018 «Ungenügende Bundesmittel für Naturförderung im Kanton Bern: Gesetzliche Aufgaben bleiben unerfüllt...» hat der Regierungsrat grosse Defizite bei der Wahrnehmung «rechtlich zwingend vorgeschriebener Aufgaben» im Naturschutz eingeräumt. So würden im Kanton Bern bei der Umsetzung der Bundesinventare zum Schutz der Hochmoore, Flachmoore und Auen die gesetzlichen Vollzugstermine «mehrerheitlich nicht eingehalten». Und der vom Bund zwingend vorgeschriebene grundeigentümerverbindliche Schutz werde «bei den meisten Bundesinventarobjekten nicht umgesetzt». Zum Beginn der Sptembersession 2019 hat der Regierungsrat mitgeteilt, dass er den Sachplan Biodiversität auf den 1. September 2019 in Kraft gesetzt hat. Damit habe er «einen Meilenstein für den Naturschutz gesetzt» und insbesondere Massnahmen vorgesehen, um «Vollzugsdefizite bei den Bundesvorgaben zu beheben».

Fragen:

1. Welche zusätzlichen finanziellen Mittel hat der Regierungsrat im Vergleich zur Situation im Jahr 2018 im Voranschlag 2020 und in der Finanzplanung für die Folgejahre eingestellt, um die Vollzugsdefizite zu beheben?
2. Welche Verbesserungen wurden bzw. werden bei den personellen Ressourcen der Abteilung Naturförderung und der Freiwilligenarbeit leistenden Gebietsbetreuenden seit Einreichung der eingangs erwähnten Interpellation vorgesehen?
3. Bis in welchem Jahr werden die Vollzugsdefizite im Naturschutz im Kanton Bern behoben sein?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosse Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)

Beantwortet durch: VOL

Verheerendes Forellensterben am 24. Juli 2019 in der Schüss

Am 24. Juli 2019 starben wegen einer schweren Gewässerverschmutzung in der Schüss zwischen St. Immer und dem Doux-Zufluss in Cormoret sämtliche Forellen. Jungfische und Sömmerlinge konnten nicht eingesammelt werden, hingegen mussten zwischen 100 und 150 kg Fische in die Tierkörpersammelstelle nach Lyss gebracht werden.

Laut Medienberichten ist noch nicht bekannt, welcher Stoff für das Fischsterben verantwortlich ist. Hingegen sei genau bekannt, bei welchem Sammelkanal es zur Verschmutzung gekommen ist.

Das Groppensterben fiel weniger massiv aus als das Forellensterben. Auch Wirbellose wurden tot aufgefunden. Das Ereignis ist für die Fauna des Flusses verheerend, auch wenn es nur auf einen Abschnitt von wenigen Kilometern beschränkt ist.

Fragen:

1. Wie weit ist man mit den Ermittlungen in Bezug auf diese Gewässerverschmutzung?
2. Sind ökonomische und ökologische Ausgleichsmassnahmen geplant?
3. Sind die Verantwortlichen bekannt, und wurden sie bestraft?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Hamdaoui (Biel, CVP)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Für ein rasches Verfahren im Falle einer Wiederholung der historischen Abstimmung in Moutier

Das bernische Verwaltungsgericht hat am vergangenen 29. August seinen Entscheid zur Gültigkeit der Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit von Moutier bekanntgegeben. Für das weitere Verfahren im Zusammenhang mit der Kantonszugehörigkeit der Stadt Moutier bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder ziehen die unterlegenen Parteien das Urteil an eine höhere Instanz weiter oder die Stadt muss noch einmal abstimmen (z. B. weil das Bundesgericht die Abstimmung ebenfalls für ungültig erklärt).

Es kommt allen zugute – sowohl der Bevölkerung von Moutier als auch allen anderen Beteiligten – wenn die Abstimmungswiederholung so rasch wie möglich über die Bühne geht.

Fragen:

1. Verpflichtet sich der Regierungsrat, dafür zu sorgen, dass eine neue Abstimmung rasch stattfindet, sollte es zu einem neuerlichen Urnengang kommen? Dies in Übereinstimmung mit der Haltung der Tripartite-Konferenz vom 11. März 2019, die gleichentags auf der Website des eidgenössischen Polizeidepartements publiziert wurde, und vor dem Hintergrund eines Wunsches der Stadt Moutier nach einem raschen Urnengang sowie vor dem Hintergrund eines Weiterzugs ans Bundesgericht.
2. Erachtet es der Regierungsrat für wichtig, dass eine erneute Abstimmung möglichst rasch stattfindet, sofern die Sicherheit der Abstimmung gewährleistet werden kann?
3. Ist der Regierungsrat auch betroffen über die Vorwürfe des Verwaltungsgerichts an die Adresse der Staatskanzlei, dass diese es an Sorgfalt mangeln liess, als sie namentlich eine dritte Art der brieflichen Abstimmung erlaubte, die in den Grundlagendokumenten zur Abstimmung vom 18. Juni 2017 nicht vorgesehen war und letztlich teilweise dazu beigetragen hat, dass die Abstimmung für ungültig erklärt wurde?¹

Verteiler

- Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)
- Grosser Rat

¹ «Es ist schwer nachzuvollziehen, weshalb die Gemeinde Moutier von den vorgesehenen Regeln abgewichen ist und vor allem, warum sowohl die Beobachter des Bundes als auch die Staatskanzlei des Kantons Bern diese Lösung zugelassen haben (Beschwerdeführerin Nr. 2).» (Entscheid des bernischen Verwaltungsgerichts vom 23. August 2019, Ziffer 9.5.2)

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Benoit (Corgémont, SVP)

Beantwortet durch: STA (JDR)

Wohnort der BJR-Mitglieder?

Um in den Bernjurassischen Rat gewählt zu werden, wird gemäss Artikel 5 Absatz 2 des Sonderstatutgesetzes ein Wohnsitz im Berner Jura vorausgesetzt.

Fragen:

1. Haben alle 24 derzeitigen Mitglieder des Bernjurassischen Rats ihren Wohnsitz in einem der drei bernjurassischen Amtsbezirke?
2. Wenn nein: Wie viele der BJR-Mitglieder hatten ihren Wohnsitz nicht im Berner Jura und für wie lange?
3. Wer sind diese Personen?

Verteiler

- Staatskanzlei STA (Juradelegation des Regierungsrates JDR)
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 29.08.2019

Eingereicht von: Bütikofer (Lyss, SP)

Beantwortet durch: GEF

Übernahme uneinbringlicher Kosten der Spitäler durch die Sozialhilfe

Mit dem BSIG-Schreiben vom 25. Juli 2019 hat die GEF die Gemeinden informiert, wie die Spitäler künftig ihre uneinbringlichen Kosten bei den Sozialdiensten der Gemeinden zurückfordern können. Mit dieser Regelung wird der Aufwand (monetär und personell) in den Sozialdiensten erhöht.

Fragen:

1. Aus welchen Gründen wurde diese Regelung eingeführt?
2. Werden die zusätzlichen Kosten, die der Sozialhilfe damit zugerechnet werden, in der Jahresrechnung des Kantons gesondert ausgewiesen?
3. Rechnet der Regierungsrat für die entsprechenden administrativen Aufwände in den Sozialdiensten mit zusätzlichen Kosten?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 29.08.2019

Eingereicht von: Sancar (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: GEF

Verzichtet die GEF tatsächlich auf die 2,58 Millionen Franken Anschubfinanzierung für die Umsetzung der Patientendossiers durch die Axsana AG?

In der Bund-Ausgabe von 26. August 2019 wird unter dem Titel «Heinigers Imperium» erklärt, wie und mit welchen dubiosen Methoden der Zürcher alt Regierungsrat Thomas Heiniger die Firma Axsana AG gegründet hat. Der Artikel führt weiter aus, wie Heiniger mit der Firma ein Software-Monopol für Patientendossiers schaffen wollte, dabei aber gescheitert ist. Heiniger ist nach wie vor Verwaltungsratspräsident der Firma.

Offenbar hat die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion (GEF) des Kantons Bern auch eine Menge Geld in diese unseriöse Firma investiert. Da das Geschäft nicht gut funktioniert, ist die Gefahr eines Konkurses gross. Im gleichen Artikel wird zudem erwähnt, dass die GEF des Kantons Bern auf die Rückforderung der Anschubfinanzierung von 2,58 Millionen Franken verzichtet habe. Wenn es tatsächlich stimmt, dass die GEF auf die Rückzahlung verzichtet, wäre dies nicht nur zu bedauern, sondern auch inakzeptabel. Deshalb müssen jetzt Schritte eingeleitet werden, um das Geld wieder zurückzuholen. Gemäss elektronischer Ausgabe des Tagesanzeigers vom 28. August 2019¹ verlangt der Kanton Zürich die Hälfte seines Geldes schon jetzt zurück. Warum der Kanton Bern, der jeden Rappen drei Mal umdreht und an allen Ecken spart, auf 2,5 Millionen Franken verzichten soll, ist weder nachvollziehbar noch akzeptabel.

Fragen:

1. Wie kommt die GEF des Kantons Bern zum Schluss, auf 2,58 Millionen Franken Anschubfinanzierung an die Firma Axsana AG zu verzichten, die für die Software-Entwicklung von Patientendossiers vorgesehen waren?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die oben erwähnten 2,58 Millionen Franken Anschubfinanzierung zurückzufordern?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

¹ <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/standardnatalie-rickli-wirft-ihrem-vorgaenger-unbefugtes-handeln-vor/story/15392966>

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 31.08.2019

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: GEF

Stand der Umsetzung bei der Einführung der Betreuungsgutscheine für Kitas und Tageseltern?

Die bernischen Gemeinden können ab August 2019 Betreuungsgutscheine für den Vorschulbereich einführen, sie können aber auch später auf das Gutscheinsystem wechseln. Aktuell führen 6 Gemeinden das Gutscheinsystem 2019 ein, weitere 18 per 1.1.2020, weitere per 1.8.2020. Dies sind zurzeit insgesamt 33 (von rund 350) Gemeinden im Kanton Bern.¹

Die Gemeinden sind nicht verpflichtet, Betreuungsgutscheine auszugeben. Zudem können die Gemeinden Kontingentierungen machen.

Fragen:

1. Wie viele Gemeinden haben beschlossen, nicht am Gutscheinsystem teilzunehmen?
2. Wie viele der beteiligten Gemeinden haben Kontingentierungen beschlossen?
3. Wie viele der beteiligten Gemeinden haben zusätzliche Anforderungen beschlossen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

¹ https://www.fambe.sites.be.ch/fambe_sites/de/index/familien-themen/familien-themen/kinderbetreuung/betreuungsgutscheine.html

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 01.09.2019

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortet durch: GEF

Beziehungen zwischen Sozialdiensten und KESB

Die Sozialdienste müssen mit den KESB zusammenarbeiten. Die Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern ist eher allgemeiner Natur. Zur Behandlung gewisser Dossiers bräuchte es aber fachliche Spezialausbildungen. Die Fälle werden immer komplexer, und juristische Kenntnisse sind unentbehrlich. Die Folge sind Verzögerungen bei der Behandlung der Dossiers sowie Ungenauigkeiten in den Ermittlungsberichten, was aber auch mit den unverhältnismässigen und wachsenden Anforderungen der Kantonsbehörden zu tun hat.

Fragen:

1. Hat der Regierungsrat bereits eine Gesamtanalyse der Beziehungen zwischen den Sozialdiensten und den KESB vorgenommen?
2. Wenn nein: Könnte er eine solche Analyse in Betracht ziehen?
3. Welche Massnahmen könnte der Regierungsrat in Betracht ziehen, um die Verfahren zu vereinfachen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 01.09.2019

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortet durch: GEF

Im Berner Jura fehlt es an Notfall- und Beobachtungsplätzen für französischsprachige Kinder und Jugendliche

Der Bericht vom 24. April 2019 «Erhebung des Bedarfs an frankophonen Notfallplätzen» zeigt auf, dass es im französischsprachigen Kantonsteil dramatisch an Notfallplätzen fehlt. Im Rahmen dieses Berichts haben die Sozialdienste und die KESB der Verwaltungskreise Seeland, Biel und Berner Jura für die Jahre 2017 und 2018 insgesamt 114 Fälle erhoben. Es zeigt sich klar, dass im frankophonen Kantonsteil ein Bedarf an Notfall- und Beobachtungsplätzen besteht. Es darf daher nicht abgewartet werden, bis das neue Gesetz über die besonderen Förder- und Schutzleistungen für Kinder (FSG) in Kraft tritt, um rasch Massnahmen zur Behebung dieses Mangels zu ergreifen. Laut Terminkalender der JGK sollte dieses Gesetz am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Auf der anderen Seite wird die für 2021 angekündigte Schliessung von stationären Plätzen im Kanton Neuenburg den Bedarf an frankophonen Notfall- und Beobachtungsplätzen zusätzlich erhöhen. Von den im obigen Bericht erwähnten Fällen wurden in der Tat 14 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Institutionen des Kantons Neuenburg untergebracht, was 51 Prozent aller ausserkantonalen Platzierungen der Jahre 2017 und 2018 entspricht. Es ist daher dringlich, dass unverzüglich Massnahmen getroffen werden.

Fragen:

1. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um dem Mangel an Notfallplätzen im Berner Jura bis zum Inkrafttreten des FSG am 1. Januar 2022 zu begegnen?
2. Wie wurde die neue Situation im Zusammenhang mit dem Kanton Neuenburg vom Regierungsrat beurteilt und mitberücksichtigt?
3. Welche dringlichen Massnahmen kann der Regierungsrat kurzfristig ergreifen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Klopfenstein (Corgémont, SVP)

Beantwortet durch: GEF

Verlegung der Psychiatrie von Bellelay nach Moutier

Das Spital Berner Jura (HJB) hat angekündigt, es werde die Psychiatrie von Bellelay nach Moutier verlegen.

Fragen:

1. Gibt es, wie vom HJB und vom Hôpital du Jura gewünscht, einen Businessplan für das psychiatrische Spital Moutier?
2. Welche Investitionen sind für die Verlegung der Psychiatrie von Bellelay nach Moutier schätzungsweise nötig?
3. Wie werden die künftigen Kosten zwischen den Partnern aufgeteilt, und wie werden die Investitionen des Kantons Bern für die Verselbstständigung der Psychiatrie aufgewertet?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Beutler-Hohenberger (Gwatt, EVP)

Beantwortet durch: GEF

Axsana AG in der Kritik

Zur Umsetzung des elektronischen Patientendossiers sprach der Kanton Bern der Firma Axsana AG ihr Vertrauen aus. Vor einigen Tagen kam heraus, dass dort Ungereimtheiten passiert sind und gar von Rückzahlungsproblemen, Bildung einer Monopolstellung und potentielltem Machtmissbrauch des früheren Zürcher Gesundheitsdirektors und heutigem VRP der Axsana AG geschrieben wird.

Fragen:

1. Was sagt der Regierungsrat bzw. der Gesundheitsdirektor zu diesen Vorwürfen?
2. Was passiert mit dem elektronischen Patientendossier im Kanton Bern, wenn wie in verschiedenen Zeitungen vom 26.8.2019 postuliert, die Axsana AG ihre Versprechen nicht einhalten und Leistungen nicht liefern kann, die mit dem Kanton Bern vereinbart wurden?
3. Wer trägt die voraussichtlich millionenhohen Mehrkosten bei Einführung des elektronischen Patientendossiers im Kanton Bern?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Flück (Interlaken, FDP) (Sprecher/in)
Jordi (Bern, SP)
Graf (Interlaken, SP)

Beantwortet durch: BVE

Gehört zum Velofreizeitverkehr auch das Geländevelofahren?

Im Strassengesetz werden unter Artikel 45 bis 48 Aussagen zu den Velorouten gemacht. In Artikel 45 Absatz 2 wird festgehalten, dass mit dem kantonalen Sachplan Veloverkehr die Velorouten mit kantonomer Netzfunktion für den Veloalltags- und für den Velofreizeitverkehr festgelegt werden.

Es bestehen aber weder im Gesetz noch in der Verordnung Angaben darüber, was unter dem Begriff «Velofreizeitverkehr» verstanden wird. Nach heutiger Praxis fallen nach unserem Dafürhalten das konventionelle Velo, das Rennvelo, die E-Velos usw. unter diesen Begriff. Unklarheit besteht im Bereich «Geländevelofahren».

Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat unsere Meinung, dass unter dem Titel «Velofreizeitverkehr» auch das «Geländevelofahren» eingeschlossen ist?
2. Welche Arten des Velofahrens fallen generell unter den Begriff «Velofreizeitverkehr»?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Klopfenstein (Corgémont, SVP)

Beantwortet durch: FIN

Demontage der Steuerverwaltung Moutier soll verschoben werden

Die Motion Brönnimann hatte für die Zentralverwaltung einen Stellenabbau von 3 Prozent verlangt. In der Finanzdirektion mit ihren 750 Mitarbeitenden werden 9,5 Stellen abgebaut, was 1,26 Prozent entspricht.

Fragen:

1. Warum betrifft der Stellenabbau auch die dezentrale Verwaltung?
2. In Moutier werden bei einem Personalbestand von 29 Mitarbeitenden 4 Stellen abgebaut, das sind 13,79 Prozent bzw. zehn Mal mehr als im kantonalen Schnitt. Warum?
3. In der Steuerverwaltung Biel und Moutier (rund 80 000 französischsprachige Personen) muss ein kleines Team sämtliche Aufgaben übernehmen. Besteht nicht die Möglichkeit, mehr Stellen im bevölkerungsmässig grösseren deutschsprachigen Teil einzusparen (Skaleneffekte)?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 02.09.2019

Eingereicht von: Gabi Schönenberger
(Schwarzenburg, SP)

Beantwortet durch: POM

Tractor Pulling im Kanton Bern

Im Kanton Bern finden nach wie vor Tractor-Pulling-Veranstaltungen statt, die gravierende Konsequenzen für die Bodenluftdurchlässigkeit haben und dadurch schwerwiegende Bodenbeeinträchtigungen zur Folge haben.

Fragen:

1. Weshalb werden Tractor-Pulling-Veranstaltungen im Kanton Bern immer noch bewilligt, obwohl feststeht, dass die Luftdurchlässigkeit der Böden dadurch erheblich reduziert wird?
2. Wie stellt der Kanton sicher, dass die kantonalen Auflagen für einen minimalen Schutz des Bodens vor anhaltenden Gefügeschäden (Verdichtungen) von den Veranstaltenden erfüllt werden?
3. Weshalb gibt es Direktzahlungen des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) für Landwirtschaftsflächen, die für solche Veranstaltungen genutzt werden?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Herbstsession 2019

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 01.09.2019

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortet durch: JGK

Rücktritte aus den Gemeindeexekutiven

Das Mandat einer Gemeindepräsidentin/eines Gemeindepräsidenten oder eines Gemeinderatsmitglieds ist zwar sehr bereichernd, aber auch sehr zeitintensiv. Viele Gewählte geben ihr Amt im Laufe der Legislatur aus verschiedenen Gründen wieder ab. Der Kanton Bern bildet da keine Ausnahme. Gemäss einem Bericht des Westschweizer Senders RTS verfügt der Kanton Bern anscheinend über keine Statistiken (Zahl und Prozentsatz der Rücktritte in der laufenden und in der vorangegangenen Legislatur) über die Rücktritte aus den Gemeindeexekutiven. Anders sieht es in den Westschweizer Kantonen aus, die entsprechende Zahlen liefern konnten. Laut einer RTS-Sendung vom 22. Juli 2019 hat der Kanton Freiburg zu dem Massnahmen getroffen, um das Gemeinderatsamt attraktiver zu machen.

Fragen:

1. Wie sieht die Analyse des Regierungsrats in Bezug auf die Situation im Kanton Bern aus?
2. Verfügt der Kanton Bern über Zahlen in Bezug auf die Rücktritte aus den Gemeindeexekutiven? Wenn ja: Können diese zur Verfügung gestellt werden?
3. Hat der Regierungsrat vor, dieses Problem anzugehen und Massnahmen zu ergreifen, um das Amt einer Gemeindepräsidentin/eines Gemeindepräsidenten oder eines Gemeinderatsmitglieds attraktiver zu machen?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat